

OEKUMENISCHER INFORMATIONSDIENST



Photo: © WCC/Peter Williams

„Ehre sei Gott in der Höhe und Friede auf Erden“ – Bibelgesprächsgruppe unter einem Baum in Kingston/Jamaica bei der Internationalen ökumenischen Friedenskonvokation. Das gemeinsame Reden und Handeln wird fortgesetzt in Busan/Südkorea 2013.

Auf dem Weg nach Busan 2013: Gerechte und integrative Gemeinschaften

Sorgen und Erfahrungen von Menschen hörbar zu machen, die in Kirche und Gesellschaft Diskriminierung und Marginalisierung ausgesetzt sind, ist Anliegen des OeRK besonders in den letzten Jahren. Beispiele sind der Kampf gegen Rassismus oder das Kastensystem, die Situation von Ureinwohnern oder von Menschen mit Einschränkungen, oder die Lage von MigrantInnen.

Um den Beitrag all dieser Gruppen auf der 10. OeRK-Vollversammlung im koreanischen Busan vom 30. Oktober bis 8. November 2013 deutlich hörbar und sichtbar zu machen, trafen sich 25 TheologInnen und AktivistInnen in Toronto als Gäste der United Church of Canada im Rahmen des OeRK-Programms „Gerechte und Integrative Gemeinschaften“. Die Kirchen sollen dazu bewegt werden, sich stärker am Einsatz der Menschen für Gerechtigkeit und Leben zu engagieren. Die Gruppe wird dazu die wichtigsten Lernerfahrungen beschreiben, eine theologische Erklärung zum Thema aus der Sicht an den Rand gedrängter Menschen vorbereiten sowie einen Arbeitsplan entwerfen.

Wegzehrung für die Pilgerreise

Ebenfalls der Vorbereitung von Busan dient eine neue Online-Veröffentlichung des Weltkirchenrates, die Gemeinden und Gruppen einlädt, sich in der Vorbereitung auf die Vollversammlung mit den Fragen von Einheit, Gerechtigkeit und Frieden zu beschäftigen.

Unter dem Titel „Pilgrimage to Busan: A Journey into Ecumenical Christianity“ finden sich sechs Kapitel, die sich für Besinnungs- und Studientage eignen und das Leitwort von Busan „Gott des Lebens, führe uns zu Gerechtigkeit und Frieden“ behandeln. Jede der sechs Einheiten – „Station Stop“ genannt – führt die Teilnehmenden in besondere Situationen ein, sei es die Situation orthodoxer Kirchen in Osteuropa, sei es diejenige der Dalit-ChristInnen in Indien oder andere und spitzt die Themen unter dem Blickwinkel einer der zentralen ökumenischen Anliegen (Einheit, Mission, Frieden, Gerechtigkeit, Gebet, Nachfolge) zu.

Eine Übersetzung ins Deutsche ist vorbereitet.

Die Website der 10. Vollversammlung des OeRK findet sich unter: <http://wcc2013.info/en>

AUS DEM INHALT

Zukunft des OeRK:
Mehr Gewicht auf Gerechtigkeit und Frieden

Armutsbekämpfung:
Kirchenauftrag an internationale Politik

OeRK:
Verteidigung der Menschenrechte und der Menschenwürde

UNO:
Vom Weltkirchenrat lernen

Weltbank:
Report über Zukunft ohne genügenden Klimaschutz

Afrika:
Nichtweiterverbreitung von Kleinwaffen

USA:
Kriegsveteranen für den Frieden

Kolumbien:
Ökumenisches Begleitprogramm für Friedensprozeß

Aus Netzen und Bewegungen

Bremen:
Gespräche zum Nahen Osten

Bayern:
„Politisch lästig sein – eine Aufgabe der Christen!“

Mittelrhein:
Klimagerechtigkeit und Wirtschaftsordnung

Württemberg:
Demokratie und Verfassungsfrage

Oekumenisches Netz in Deutschland (OeNiD):
Oekumenische Versammlung 2014

Plädoyer für eine ökumenische Zukunft:
Gewicht auf Klimagerechtigkeit

Akademie Solidarische Oekonomie:
„Eine andere Welt mit welchem Geld“

Zukunft des OeRK: Mehr Gewicht auf Gerechtigkeit und Frieden

Für den Oekumenischen Rat der Kirchen (OeRK) ist eine Zukunft ohne eine viel stärkere Gewichtung der internationalen Angelegenheiten und eines von Gerechtigkeit begleiteten Friedens nicht denkbar, so jedenfalls äußerte sich Martin Robra, Leiter des Programms „Der OeRK und die ökumenische Bewegung im 21. Jahrhundert“ auf einer Tagung zum Thema „Die Kirchen und die Rechtsstaatlichkeit“ in Genf.

Die vom Internationalen Reformierten John Knox Zentrum und von der Weltgemeinschaft Reformierter Kirchen (WRK) geförderte Tagung wurde vom 28. bis zum 31. Oktober 2012 im John Knox-Zentrum abgehalten. Robra bemerkte, daß die Kirchen „in den letzten Jahrzehnten mit einem substantielleren Verständnis der Rechtsstaatlichkeit gerungen haben. Sie wurden dazu herausgefordert, ihre Haltung gegenüber der Rolle der Staaten, dem nationalen Recht und dem Völkerrecht, der Gewaltanwendung, den Menschenrechten und der Straflosigkeit neu zu definieren.“ Er wies darauf hin, daß es Zeit sei, daß der OeRK sich auf die Diskussion dieser Angelegenheiten konzentriert. Für die Jahre 2013 bis 2020 ist dazu ein thematischer Pilgerweg angedacht.

Armutsbekämpfung: Aufruf der Kirchen an die internationale Politik

Der im Vereinigten Königreich ansässigen internationalen Entwicklungsorganisation Christian Aid zufolge sollten die WeltpolitikerInnen sicherstellen, daß der neue globale Aktionsplan zur Armutsbekämpfung, der in London ausgehandelt werden soll, den Planeten auf einen Weg zu größerer ökologischer Nachhaltigkeit und wirtschaftlicher Gerechtigkeit führt. Der britische Premierminister David Cameron ist Gastgeber eines Spitzentreffens der Sachverständigengruppe, welche die Vereinten Nationen gebildet haben zur Ausarbeitung eines Nachfolgeprogramms für die „Millenniumziele“ (Millennium Development Goals, kurz MDG), die bis 2015 erreicht werden sollten. Laut Christian Aid müßten die Sachverständigen der UN sich dreier wesentlicher Punkte bewußt sein:

- ▷ Erstens die Länder zu einer größeren Nachhaltigkeit, vor allen Dingen in Bezug auf den Verbrauch von Nahrung, Wasser und Energie zu bewegen;
- ▷ zweitens die Kriminalität im Finanzwesen zu bekämpfen; Steuerhinterziehung und Geheimhaltung im Finanzwesen hätten dazu geführt, daß Billionen US-\$ in Steueroasen versteckt würden. Ein Teil der so zurückgewonnen Mittel könnte in die Entwicklungshilfe investiert werden. Schätzungen von Christian Aid zufolge fehlen den armen Ländern jährlich 160 Milliarden US-\$ aufgrund von Steuerhin-

terziehung – das ist mehr, als sie an Entwicklungshilfe erhalten.

- ▷ Drittens bedarf es eines Aktionsplans zur Förderung der Beschäftigung und der Gerechtigkeit bei der Entlohnung, um gerade denjenigen beizustehen, die in den Entwicklungsländern nicht am wachsenden Wohlstand teilhaben. „Christian Aid glaubt, daß alle Regierungen auf den Kampf gegen die Armut und für die Gleichberechtigung insbesondere von Männern und Frauen – verpflichtet werden müssen. Dabei müssen vor allem die Schwächsten der Schwachen berücksichtigt werden“.

Weitere Informationen: www.christianaid.org.uk/resources/policy/poverty-over.aspx

OeRK: Verteidigung der Menschenrechte und der Menschenwürde ist religiöse Pflicht

Für die Teilnehmenden an einer sechstägigen Veranstaltung des Weltkirchenrates (OeRK) zur Förderung der Menschenrechte, Ende Oktober 2012 in Bangkok (Thailand), stand fest, daß die Verteidigung „der Rechte und der Würde der Verfolgten, Ausgegrenzten und derjenigen, die sich kein Gehör verschaffen können in der Verantwortung des ganzen Volkes Gottes“ liegt. Organisiert durch die OeRK-Kommission „Kirche und internationale Angelegenheiten“ (CCIA) und die Christian Conference of Asia (CCA) waren Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen aus ökumenischen Netzwerken in die thailändische Hauptstadt gekommen.

Das Konzept des „Königreiches Gottes“ gelte universell und Jesus habe auf der Basis dieser Vorstellung die Würde und die Rechte aller Menschen gelehrt. Es sei die Aufgabe der Zivilgesellschaft und darin auch der Kirchen und der ökumenischen Organisationen in ihren jeweiligen Kontexten eine aktive Rolle in der Verteidigung der Menschenrechte zu übernehmen. Eine solche Haltung müsse besonders jene in den Blick nehmen, die durch die Kräfte des Bösen ihrer menschlichen Würde beraubt werden. In Asien sei es in vielen Länder gang und gäbe, daß die Menschen in Gesetzlosigkeit und Gewalt-situationen leben müssen, und in der Gefahr seien, die Richtung ihres Lebens zu verlieren, sagte Basil J. Fernando von der Asian Human Rights Commission.

UNO: Vom Weltkirchenrat lernen

Der Oekumenische Rat ist eine weltumspannende Organisation, die über viele Fähigkeiten und Erfahrungen verfügt, die auch für das System der Vereinten Nationen ein Gewinn sein können, so Generalsekretär Dr. Olav Fykse Tveit in einem Interview des United Nations Special Magazine. „Wir sollten unsere Beziehungen zum System der

Vereinten Nationen vertiefen“, so Tveit. Das System des OeRK sei eine Gemeinschaft, die es gelernt hat, in hohem Maß verlässlich und konsensorientiert zu agieren. „Wir haben Fähigkeiten im diplomatischen Bereich, die komplementär sind und die wir zur Erreichung der gleichen Ziele auch austauschen sollten, wenn es um ein Mehr an Gerechtigkeit oder das Ende von Korruption geht“. Das gleiche gelte etwa in der Friedensstiftung und Versöhnungsarbeit, oder bei der Einwirkung auf Konfliktparteien, Gewalt gegen Zivilisten einzustellen.

Vgl. www.unspecial.org/2012/09/dr-olav-fykse-tveit-secretary-general-of-the-world-council-of-churches-wcc/

Orthodoxe Kirchen: Reflexion zum Gebetsmotto von Busan

Auf einer pan-orthodoxen Konsultation im griechischen Kos haben VertreterInnen orthodoxer und orientalischer Kirchen auf Einladung des Oekumenischen Patriarchen von Konstantinopel, Bartholomäus I., und als Gäste des Metropoliten Nathanael von Kos und Nisyros, das Leitwort der OeRK-Vollversammlung in Busan durchdacht und dabei ihre Selbstverpflichtung – in Gebet und gemeinsamer Arbeit – zu den Zielen von Einheit, Gerechtigkeit und Frieden bekräftigt. Ziel der Begegnung war es zugleich, einen orthodoxen Beitrag für die Vollversammlung zu gestalten. „Der Ruf zu Einheit, Gerechtigkeit und Frieden ist auch heute ein Aufruf an uns – getragen von der Liebe Gottes, die den Menschen neu schafft und zu seiner wahren Menschlichkeit führt – so wie es unser Mensch gewordener Herr vor seinem Leiden gebetet hat (Joh 17), heißt es im Abschlußcommunique.“

Hungerkrise: Ursachenanalyse

Der Jahresbericht „Right to Food and Nutrition Watch 2012“ beschäftigt sich mit der Frage: „Who decides about Global Food and Nutrition?“ Der Report bietet einen Überblick über ungleiche Machtstrukturen, die die Fortdauer von Hunger und Unterernährung ermöglichen. Er beleuchtet Initiativen und Strategien sozialer Bewegungen und der Zivilgesellschaft, um die Kontrolle über die Lebensmittelproduktion und Ernährung (wieder) zu erlangen. Wie der Untertitel „Strategies to Regain Control“ besagt, zeigt der Report auch auf, daß den ungerechten Machtverhältnissen durch gemeinsames Vorgehen wirksam entgegengetreten werden kann. Dazu ist eine Wende in den globalen Entscheidungsmechanismen zur Ernährung nötig. Es ist unmöglich, die Ursachen des Hungers zu bekämpfen, ohne die bestehenden Machtverhältnisse anzutasten.

„Der Ausschluß von wirtschaftlicher und politischer Entscheidungsmacht und der Verlust der Kontrolle über Nahrung und Ernährung sind zentrale Ursachen von Hun-

ger“, erklärte der Mitautor Martin Wolpold-Bosien von FIAN International bei der Vorstellung des Berichtes in Wien. Zahlreiche Beispiele von schweren Verletzungen des Rechts auf Nahrung werden im Report aufgezeigt. Die Beispiele reichen von unangemessenen Nahrungsmittelprogrammen über spekulative Investitionen in Agrotreibstoffe bis hin zu gewaltsamen Vertreibungen durch Unternehmen oder Regierungsbeamte. Peter Prove, Executive Director der „Ecumenical Advocacy Alliance“ erklärte bei der Vorstellung in Genf, nur allzuoft nutzten die Agrarkonzerne und Nahrungsmittelhersteller ihre Macht und ihren Einfluß, um ihre Gewinnspannen zu erhöhen.

„Soziale Bewegungen und andere zivilgesellschaftliche Organisationen haben Strategien entwickelt, um die Kontrolle über das Ernährungssystem für die Bevölkerung zurückzugewinnen. Die Zeit ist reif, um in der Ernährungspolitik Raum zu besetzen und für den Vorrang der Menschenrechte zu kämpfen“, sagt Flavio Valente, Generalsekretär von FIAN International.

Für weitere Informationen und zum Download des Berichtes: www.rtfm-watch.org; veröffentlicht wurde der Bericht durch Brot für die Welt und FIAN.

Verteilungsgerechtigkeit bei Nahrung: Kirchen stärken Kampagne

Zur Frage der Verteilungsgerechtigkeit bei Nahrung („Food Justice“) haben im November die „Ecumenical Advocacy Alliance“ (EAA) und der Nationale Kirchenrat der Philippinen (NCCP) zu einer Tagung nach Manila eingeladen. Das Treffen sollte helfen, die kirchlich getragene Kampagne zu stärken und klarer zu formulieren, wie eine gemeinsame Vision für Asien aussehen kann. Dazu gehörte auch die Entwicklung lokaler, regionaler und internationaler Aktions- und Arbeitspläne, um in den Kampagnen gegen Armut und für eine sichere Nahrungsmittelversorgung besser aufgestellt zu sein. Die Tagung, bei der neben der Dokumentation erfolgreicher Projekte auch Exkursionen standen, versucht Ertragssteigerungen gerade kleiner Produzenten mit einem ökologisch verträglichen Ansatz zu verbinden. Teilnehmende kamen aus Indien, Thailand, Bangladesch, Indonesien, Myanmar, Kambodscha, den Philippinen, Sri Lanka und Hongkong. Im November 2010 war ein ähnlicher Workshop im südlichen und östlichen Afrika, im November 2011 für Westafrika erfolgreich durchgeführt worden.

Weltbank: Report über Zukunft ohne genügenden Klimaschutz

Für die Weiterarbeit der Kirchen nach Busan legt sich eine Verknüpfung von Gerechtigkeit und Frieden mit dem Maßnahmen gegen den Klimawandel nahe. Die Treibhausgas-Emissionen der Menschheit brechen jedes

Jahr neue Rekorde. Damit befindet sich die Menschheit auf einem Kurs, der schon bis zum Ende dieses Jahrhunderts zu einer Erderwärmung von vier Grad Celsius führen dürfte. Und somit in eine Welt mit Risiken außerhalb der Erfahrung unserer Zivilisation. Dazu zählen Hitzewellen, besonders in den Tropen, ein Hunderte Millionen Menschen betreffender Anstieg des Meeresspiegels, und Missernten, welche die globale Ernährungssicherheit gefährden – das zeigt ein für die Weltbank erstellter Report des „Potsdam-Instituts für Klimafolgenforschung“ (PIK) und von „Climate Analytics“ aus Berlin. Betroffen seien vor allem die Armen dieser Welt, für die Entwicklung ohne Klimaschutz nach Lage der Fakten kaum möglich sei.

Die bisher gemachten Zusagen der Staatengemeinschaft zur Reduzierung der Treibhausgas-Emissionen werden an diesem Ergebnis kaum etwas ändern.

„Die planetarische Maschinerie neigt zu unverhältnismäßigen Reaktionen auf Störungen, wie sie der menschengemachte Treibhauseffekt mit sich bringt“, betont Hans Joachim Schellnhuber, Direktor des PIK. „Wenn wir uns weit über die Zwei-Grad-Linie hinauswagen, also in Richtung vier Grad, laufen wir Gefahr, Kipp-Punkte im Erdsystem zu überschreiten.“ In einer Pressemitteilung seines Instituts stellte er fest „Der einzige Weg, dies zu vermeiden, ist ein Bruch mit den vom Zeitalter fossiler Brennstoffe geprägten Mustern von Produktion und Konsum“, so Schellnhuber.

Bereits heute sind Folgen des Klimawandels beobachtbar. So hat die Hitzewelle in Russland 2010 vorläufigen Schätzungen zufolge Tausende von Opfern gefordert, die Ernten um ein Viertel verringert und 15 Milliarden US-Dollar wirtschaftlichen Schaden hinterlassen. Solche Extreme würden bei vier Grad Celsius globaler Erwärmung in Teilen der Welt „die neue Normalität“, heißt es in dem Report. In den Tropen könnten Ende des Jahrhunderts die kühlest Monate deutlich wärmer sein als die heißesten Monate der Gegenwart.

Der Meeresspiegel kann bei vier Grad globaler Erwärmung in diesem Jahrhundert 50 bis 100 Zentimeter steigen, und danach noch deutlich höher. Dabei ist dieser Anstieg regional unterschiedlich stark; dies hängt von Meeresströmungen und anderen Faktoren ab. Am höchsten wird das Meer den Projektionen zufolge an den Küsten von Ländern wie den Philippinen, Mexiko, Indien steigen.

Auch innerhalb von wirtschaftlichen Sektoren kann es zu Kippeffekten mit plötzlich rasant ansteigenden Schäden kommen, etwa



Photo: © WCC/DFW/W. Noack

Die Verursacher sollen bezahlen!

in der Landwirtschaft. So wurde bereits beobachtet, dass wichtige Getreidesorten ab bestimmten Temperaturen überaus empfindlich reagieren, was zu großflächigen Ernteausfällen führen kann. Veränderungen im Wasserkreislauf können hierbei erschwerend hinzukommen, etwa wenn Dürren vorherrschen oder landwirtschaftliche Flächen überflutet werden.

Detailliert beschreibt der Report die potentiell verheerenden Folgen des vier Grad-Szenarios: die Überflutung von Küstenstädten; die wachsenden Risiken für die Nahrungsmittelproduktion, die potentiell zu mehr Unter- und Fehlernährung führen; die zunehmende Trockenheit in vielen Trockenregionen und die zunehmenden Regenfälle in Feuchtgebieten; die substantielle Verschärfung der Wasserknappheit in vielen Regionen; die zunehmende Wucht von Wirbelstürmen und der unwiederbringliche Verlust von biologischer Vielfalt.

Der Bericht hebt hervor, dass es wissenschaftlich eindeutig bewiesen ist, dass die Menschen die Ursache der globalen Erwärmung sind. Bereits heute können wichtige Veränderungen beobachtet werden. Die mittlere globale Temperatur ist in den letzten Jahrzehnten ständig gestiegen und liegt jetzt etwa 0,8 Grad über dem vorindustriellen Niveau. Die bis heute gemachten Zusagen der internationalen Staatengemeinschaft zur Reduzierung der Treibhausgas-Emissionen werden an dieser Tendenz kaum etwas ändern.

Viele Folgen des Klimawandels sind bereits Realität. Eine weitere Steigerung von 0,8 Grad auf zwei Grad Erwärmung und darüber hinaus wird zusätzliche Konsequenzen haben. Eine durchschnittliche globale Steigerung um vier Grad erinnert an die letzte Eiszeit, als ein großer Teil Zentraleuropas und die nördlichen Teile der Vereinigten Staaten mit kilometerdicken Eisschichten bedeckt waren und die globale Durchschnittstemperatur 4,5 bis sieben Grad unter dem heutigen Niveau lag. Dabei vollzieht sich der heutige, menschlich verursachte Klimawandel, wie der Bericht feststellt, über ein Jahrhundert und nicht über ein oder mehrere Jahrtausende.

Der Bericht hebt dennoch hervor, dass eine „vier Grad-Welt“ nicht unvermeidbar ist und dass es vielleicht noch möglich ist, den

Klimawandel unter zwei Grad zu halten. Als mögliche Maßnahmen können aufgezählt werden:

Mehr als eine Billion an Subventionen für fossile und andere schädliche Brennstoffe könnten besser genutzt werden. Das Kapital der Natur könnte in die volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen mit einbezogen werden. Die öffentlichen und privaten Ausgaben für eine grüne Infrastruktur, die resistent gegenüber extremen Wetterverhältnissen wäre, und für öffentliche städtische Transportsysteme, um den CO₂-Ausstoß zu minimieren, könnten gesteigert werden. Man könnte die Energieeffizienz von Gebäuden verbessern und die erneuerbaren Energien ausbauen um nur einiges zu nennen.

Für die Weltbank selbst würden diese Erkenntnisse zur Notwendigkeit einer verstärkten Klimaschutzpolitik bedeuten, dass sie sich aus den zahlreichen Projekten zur Energiegewinnung aus fossilen Rohstoffen zurückzieht, die sie selbst bislang noch fördert.

Die Frage von Wirtschaftssystem und zukunftsermöglichenden Herstellungs- und Verbrauchsgewohnheiten müssen mitbedacht werden.

Links: http://climatechange.worldbank.org/sites/default/files/Turn_Down_the_heat_Why_a_4_degree_centrigrade_warmer_world_must_be_avoided.pdf
www.pik-potsdam.de

Afrika: Nichtweiterverbreitung von Kleinwaffen

„Der Kampf gegen die Verbreitung von Klein- und Leichtwaffen (Small Arms and Light Weapons, kurz SALW) ist entscheidend für den Frieden und die Sicherheit in Afrika,“ stellte Peter Omurangi Otim fest, Leiter der Abteilung für Frieden und Sicherheit der Afrikanischen Union (AU) auf einer Konferenz des Oekumenischen Rates der Kirchen (OeRK) in Addis Abeba (Äthiopien) vom 22. bis zum 25. November mit VertreterInnen von etwa vierzig afrikanischen Staaten. Die regionale Konferenz wurde von der „Kommission Kirche und internationale Angelegenheiten“ (CCIA) des OeRK unter dem Leitthema „Oekumenischer Einsatz zur Bekämpfung der Verbreitung von Klein- und Leichtwaffen in Afrika“ organisiert.

In einer Grundsatzrede machte Otim deutlich, daß die Partnerschaft mit religiösen Organisationen eine grundlegende Rolle spielt im Kampf gegen die gesetzwidrige Verbreitung von Klein- und Leichtwaffen und ihren verheerenden Einfluß auf Frieden, Sicherheit und Stabilität in vielen afrikanischen Ländern.

Otim hob hervor, daß „Drogenschmuggel, Terrorismus, transnationales organisiertes Verbrechen, Söldneraktivitäten, Plünderungen, sowie häusliche Gewalt als Folgen der Verbreitung von Klein- und Leichtwaffen zur Destabilisierung des afrikanischen Kontinents beitragen.“

In seiner Rede erinnerte Otim die Teilneh-

menden auch daran, daß die AU sich vornehmlich der Bekämpfung der illegalen Verbreitung von Klein- und Leichtwaffen widmet. „Afrika ist in hohem Maße von der gesetzwidrigen Verbreitung und vom Handel mit illegalen Waffen, insbesondere Klein- und Leichtwaffen betroffen, die sich negativ auf die Sicherheit und die wirtschaftliche und soziale Entwicklung auswirken“.

Otim sagte, daß Kleinwaffen zur Fortsetzung von Konflikten auf dem Kontinent beitragen, die „Millionen zu einem Leben als Flüchtlinge und Vertriebene zwingen. Illegale Kleinwaffen haben auch dazu geführt, daß die knappen Ressourcen der Regierungen vermehrt in die öffentliche Sicherheit investiert werden und darum in wichtigen Sektoren wie Gesundheit, Bildung und Landwirtschaft fehlen – was die wirtschaftliche und soziale Entwicklung beeinträchtigt.“

USA: Kriegsveteranen für den Frieden

Am 12. November 2012 leitete ein Irak-Veteran der US-Army eine von Studierenden ins Leben gerufene Gedenkfeier für Veteranen in der pazifistischen Eastern Mennonite University (<http://emu.edu>).

„Der Veterans Day ist normalerweise ein Feiertag, an dem die Veteranen mit Paraden, Konzerten und Festen geehrt werden“ sagte Evan Knappenberger, der den Dienst in der Armee 2007 nach fast vier Dienstjahren als Soldat quittierte. „Manchmal kann es wie eine Feier zu Ehren des Krieges und des Militarismus wirken, mehr wie ein politisches Ereignis als wie eine Gedenkfeier, was Teile der Gemeinschaft – insbesondere junge Leute und Pazifisten – befremden kann“, erklärte er. Ebenso könnten sich Veteranen von Kriegsgegnern mißverstanden und falsch, als kriegerisch dargestellt fühlen, sagte er.

„Veteranen sind eine politische heilige Kuh“, fügte Knappenberger hinzu, der Vorsitzender des Ortsverbandes von Charlottesville der Veteranen für den Frieden ist. „Sie erhalten Lippenbekenntnisse, um dann unter den Teppich gekehrt und ignoriert zu werden. Aber viele Veteranen sind auch Verfechter des Friedens, Pazifisten, Akademiker und Aktivisten.“

Bei der Gedenkfeier an der Eastern Mennonite University wurde das Projekt „Eyes Wide Open“ – „Die Augen weit auf“ – in den Mittelpunkt gestellt, für welches 200 Paar Armeestiefel in Reih und Glied vor dem zentralen Campusgebäude der EMU ausgestellt wurden, jedes Stiefelpaar mit einem kleinen Namensschild eines aus Virginia stammenden gefallenen Soldaten versehen. „Diese Stiefel zeigen die menschlichen Kosten des Krieges und bringen die kulturelle und soziale Unterdrückung der Veteranen ans Licht“, sagte Knappenberger, der seit dem Herbst 2012 Philosophie und Theologie an der EMU studiert.

„Eyes Wide Open“ zeigt auf kraftvolle Weise, was unter der Oberfläche der ameri-

kanischen Außen- und Wirtschaftspolitik geschieht und gemahnt uns an die Belastung und die Unterdrückung, denen junge Soldaten in unpopulären und erfolglosen Kriegen ausgesetzt sind.

Israel/Palästina: Es fällt mehr als ein Haus

Als Reaktion auf den Abriss eines Friedenszentrums am Rande von Jerusalem haben palästinensische und israelische Friedensgruppen Israels Regierung scharf kritisiert. Das Beit Arabiya Peace Centre, das von Palästinensern, Israelis und internationalen Freiwilligen gebaut worden war, wurde in den frühen Morgenstunden des 1. Novembers von der israelischen Armee abgerissen. Damit wurde es zum sechsten Mal zerstört. Salim Shawamreh, der im Zentrum arbeitete, erklärte, daß die israelischen Streitkräfte eine klare Botschaft an die Palästinenser richten würden: „Sie fordern uns auf, diesen Ort zu verlassen.“ Vor seiner Benutzung als Friedenszentrum war das Gebäude Shawamrehs Zuhause gewesen, 1998 war es zum ersten Mal abgerissen worden. Er selbst wurde festgenommen.

Baugenehmigungen werden Palästinensern routinemäßig von den israelischen Behörden verweigert. Das Israelische Komitee gegen Häuserzerstörung (Israeli Committee Against House Demolitions - ICAHD) meldet, daß 94 Prozent der von Palästinensern gestellten Anträge auf Baugenehmigungen abgelehnt werden; allein eine Antragstellung kostet rund 4000,- EUR. Deshalb sehen sich viele Palästinenser gezwungen, Häuser ohne Genehmigung zu bauen. Wenn diese dann von der israelischen Armee abgerissen werden, werden die Abrisskosten häufig den BewohnerInnen in Rechnung gestellt. „Wir leben unter Besatzung“ sagte Shawamreh. „Alle Regeln, die geschaffen werden, dienen der Besatzung.“

ICAHD verfügt über Unterlagen zu über 27000 Hausabrissen im Westjordanland, im Gazastreifen und in Ost-Jerusalem. „Jeder einzelne ist ein Verstoß gegen das Völkerrecht und die IV. Genfer Konvention“, erklärt Linda Ramsden von ICAHD mit Verweis auf die Bestimmungen, nach denen es einer Besatzungsmacht untersagt ist, Eigenheime zu zerstören. „Sie zerstören nicht einfach nur Beton. Sie zerstören eine Familie.“ Sie fügte hinzu „unsere elementarsten Menschenrechte werden durch diese Besatzung verletzt.“

Internetpräsenz des Israeli Committee Against House Demolitions: www.icahd.org

Kolumbien: Begleitprogramm für Friedensprozeß

„Kreativität und Kühnheit im gewaltlosen Kampf für Gerechtigkeit“ spielten heutzutage eine entscheidende Rolle, bekräftigte Dr. Ricardo Esquivia von den kolumbianischen

Mennoniten, während zugleich in Norwegen Friedensgespräche zwischen der kolumbianischen Regierung und den Rebellen der FARC (Fuerzas Armadas Revolucionarias de Colombia | Revolutionäre Streitkräfte Kolumbiens) geführt wurden. In seiner Rede für das „Programme of Ecumenical Accompaniment in Colombia“ (Oekumenisches Begleitprogramm in Kolumbien, PEAC) Ende Oktober 2012 in Bogota sprach er sich entschieden gegen die Anwendung von Gewalt aus. „Es gibt Gruppen, die mit ihrer Gewaltanwendung viel Aufmerksamkeit erregen. Wir lehnen das ab. Wir säen Keime der Gerechtigkeit, deren Wachstum wir pflegen wollen“, sagte er. Zusammen mit den Mennoniten in Montes de Maria ist Esquivia einer der Begründer des PEAC. In seinem Vortrag führte er aus, dass eine der Herausforderungen für das PEAC die gleichzeitige Förderung von „Entwicklung und Konfliktlösung“ sei. Das PEAC wird vom Lateinamerikanischen Kirchenrat (CLAI), mit Unterstützung des Weltkirchenrates und mehreren anderen regionalen und internationalen ökumenischen Institutionen durchgeführt. Ziel des Programms ist es, Gemeinden zu unterstützen, die von dem seit beinahe fünf Jahrzehnten andauernden Konflikt zwischen der Regierung Kolumbiens und den FARC in Mitleidenschaft gezogen werden. Dieser Konflikt hat Tausenden Menschen das Leben gekostet und Millionen Menschen zur Flucht aus ihren Heimatorten gezwungen. Nun werden „ökumenische Begleiter“ etwa drei Monate in Gemeinden verbringen, die von Menschenrechtsverletzungen betroffen und dauerhaft gefährdet sind.

Die kolumbianische Koordinatorin des PEAC Blanca Echeverry hob hervor, dass die staatlichen Behörden in mehreren Gebieten nicht in der Lage seien, die Opfer des bewaffneten Konfliktes zu schützen. Das habe einen entscheidenden Impuls für die Entwicklung des PEAC gegeben. „Wir wollen die Organisationen und Gemeinden in den betroffenen Gebieten stärken“, sagte Echeverry. Das PEAC setze sich für die „wirtschaftlichen, sozialen, politischen, kulturellen, ökologischen und territorialen Rechte“ der Menschen ein. Das ökumenische Begleitprogramm PEAC orientiert sich am „Ecumenical Accompaniment Programme in Palestine and Israel“ (EAPPI).

Weltgemeinschaft Reformierter Kirchen: Von Genf nach Hannover

Die Weltgemeinschaft Reformierter Kirchen (WGRK) verlegt ihren Sitz von Genf nach Hannover. Das gab der Generalsekretär der Organisation, Setri Nyomi, bekannt.

Das 29-köpfige Exekutivkomitee der WGRK traf in einem schriftlichen Abstimmungsverfahren per E-Mail diese Entscheidung mit Dreiviertel-Mehrheit. Die sieben Stabsmitarbeiter werden Ende Dezember 2013 ins Calvin-Zentrum in der hannovera-

nischen Knochenhauerstraße umziehen. Hintergrund für die Verlegung des Amtesitzes sind finanzielle Überlegungen. Der größte Teil der Mitgliedsbeiträge stammt aus Kirchen in Euro-Ländern und den USA. Sie werden in Euro und US-Dollar gezahlt. Durch hohe Wechselkursverluste zum starken Schweizer Franken ist so seit Jahren ein großer Teil der Einnahmen verloren gegangen. „Auf Dauer hätte die Weltgemeinschaft diese Kursverluste nicht verkraften können“, sagte deren Präsident, Jerry Pillay aus Südafrika. Auch sei es nicht mehr zu erklären, weshalb die WGRK in einer der teuersten Städte der Welt residiere. Nyomi bezifferte die Einsparungen der Organisation durch den Umzug auf 166.000,- EUR pro Jahr, bei einem Gesamthaushalt von 1,4 Millionen EUR. Ursprünglich waren dreizehn Länder als mögliche Standorte benannt worden. Es gab zunächst viel Unterstützung für Johannesburg, weil die Mehrheit der Mitgliedskirchen auf der südlichen Erdhalbkugel zu finden ist. Letztlich hätten jedoch praktische Erwägungen den Ausschlag für Hannover gegeben.

Die Weltgemeinschaft Reformierter Kirchen setzt sich aus 226 reformierten, presbyterianischen und kongregationalistischen sowie unierten Kirchen in 108 Staaten zusammen. Zu ihnen gehören etwa 80 Millionen Christen weltweit. Sie ist noch vor dem Lutherischen Weltbund die größte protestantische Weltorganisation. Sie hat seit 1948 ihren Sitz in Genf. Zuvor war sie in Edinburgh beheimatet.

US-Wahlen: Konservative weiße Evangelikale als Verlierer

Neueste Untersuchungen der US-Präsidentenwahlen haben zu erstaunlichen Ergebnissen geführt. Im Kern steht die Erkenntnis, dass es in den USA nicht länger genügt, eine Mehrheit der Stimmen „weißer Christen“ für einen Kandidaten zu gewinnen, um die Wahl zu gewinnen.

Die Nach-Wahlanalysen US-amerikanischer Institute wie des „Public Religion Research Institute“ (RSI), zeigen, dass etwa 80 Prozent der weißen Christen für Romney gestimmt haben, davon sind etwa die Hälfte weiße evangelikale Protestanten. Das Lager der Stimmen für Obama stützt sich hingegen auf religiös ungebundene und auf Christen aus (ethnischen) Minoritäten, nur 35 Prozent seiner Stimmen stammen von weißen Christen. „Die Präsidentschaftswahl wird die letzte gewesen sein, bei der die Strategie auf die Stimmen weißer Christen zu setzen für eine hinreichend plausible Strategie gehalten wird“, so Robert P. Jones, der Geschäftsführer des RSI. „Die religiöse Landkarte Amerikas ebenso wie sein ethnisches Mosaik werden immer bunter und jede Kampagne, die sich auf veraltete Karten stützt, droht verloren zu gehen.“

Jim Wallis, ein bekannter US-amerikani-

scher christlicher Autor und Leiter der christlichen Kommunität Sojourners, geht noch weiter: Das Wahlergebnis „war eine Katastrophe für die religiöse Rechte, die wiederum ihren Glauben an die parteipolitische Tagesordnung der Republikanischen Partei gebunden hatte. Aber der 6. November 2012 war eine noch tiefere Katastrophe für die Führer der religiösen Rechten, weil sie nicht mehr in der Lage sind zu kontrollieren, was mit dem Begriff ‚evangelikal‘ gemeint ist.“ So weist Wallis darauf hin, dass von den 71 Prozent der amerikanischen Hispanics, die für US-Präsident Obama gestimmt haben, die überwiegende Mehrheit entweder katholisch sind oder evangelikal bzw. Pfingstgemeinden angehören.

Obama verlor die weiße „katholische Stimme“, aber er überzeugte die hispanischen Katholiken. Obama gewann 93 Prozent der afroamerikanischen Stimmen, die meisten von ihnen sind Mitglieder von schwarzen Kirchen, deren Theologie in der Regel evangelikal ist. Und 75 Prozent der asiatisch-amerikanischen Stimmen gingen an Obama, auch deren Mitglieder – mit hoher Kirchenbindung – sind meist evangelikal. Wallis unterstrich, dass Mitt Romney etwa den gleichen Prozentwert der weißen Wähler von sich überzeugen konnte, wie seinerzeit George W. Bush – etwa 59 Prozent gegenüber 60 Prozent für Bush –, damals bedeutete dies 426 Stimmen im Wahlmännergremium für Bush, heute aber nur 206 für Romney. Im Kern heißt dies für Wallis, dass die Mehrheit der weißen Evangelikalen für Gouverneur Mitt Romney, und die Mehrheit der nicht-weißen Evangelikalen für Präsident Obama gestimmt haben – evangelikal bedeutet also in den USA nicht mehr zwangsläufig konservativ.

Ägypten: Kopten bangen um ihre Zukunft

Die Kopten in Kairo gedachten kürzlich des Massakers von Maspero. Vor einem Jahr richteten ägyptische Sicherheitskräfte ein Blutbad unter friedlichen Demonstranten an, die gegen die Zerstörung einer 80 Jahre alten Kirche in Oberägypten durch salafistische Extremisten protestierten. Kopten zogen vor das so genannte Maspero-Gebäude des staatlichen Rundfunks im Zentrum von Kairo.

Die Christen hatten sich geweigert, wie von den Salafisten gefordert, den Kirchturm zu entfernen. Die Behörden erklärten daraufhin, dass die Kirche ohne Genehmigung errichtet worden sei. „Das ist nur ein Beispiel dafür, wie Christen in Ägypten diskriminiert werden“, sagt Pfarrer Makarios Morris, der in dem Vorort seit 20 Jahren für die koptische Kirche des Heiligen Markus zuständig ist gegenüber IPS. „Bevor eine neue Kirche gebaut oder eine bestehende verändert werden darf, ist von Gesetz wegen eine Genehmigung notwendig. Muslime hingegen können zumeist frei entscheiden, wann und wo sie Moscheen bauen.“

Christliche Kirchen heimlich gebaut

Wie der koptische Geistliche erklärt, sah sich seine Religionsgruppe daher dazu gezwungen, ihre Kirchen heimlich zu errichten. „Wenn die Behörden darauf aufmerksam werden, ist es meist schon zu spät. Sie vermeiden eine gewaltsame Auseinandersetzung, um nicht international verurteilt zu werden.“

In Oberägypten sei dagegen im vergangenen Jahr die Lage eskaliert und die Kirche zerstört worden, berichtet Morris. Sicherheitskräfte hätten dann bei den friedlichen Protesten in Kairo in die Menge gefeuert. Viele Menschen seien außerdem von Panzerfahrzeugen überrollt worden. Gegen die beteiligten Offiziere wurden keine rechtlichen Schritte eingeleitet. Lediglich zwei Soldaten erhielten Haftstrafen von zwei und drei Jahren.

„Diskriminierend ist außerdem, dass Christen keine hohen Posten in Regierungsinstitutionen und in der Armee übernehmen können. Ganz gleich, wie patriotisch sie sind. Die Führungspositionen sind für Muslime reserviert“, sagt Morris. „Im Geschäftsleben sieht es anders aus. Mehrere bekannte christliche Unternehmer sind sehr reich geworden und haben Firmenimperien aufgebaut.“

Arabischunterricht auf Koran ausgerichtet

„Arabisch steht in den Schulen auf dem Lehrplan. Etwa ein Viertel des Sprachunterrichts basiert auf dem Koran. Die Behörden argumentieren, dass das arabische Sprachniveau im Koran von hoher Qualität ist. Alle Kinder müssen also den Koran lernen, gleichgültig, welcher Religion sie angehören“, erläutert der Pfarrer.

Kenia: Online-Kriegserklärung gegen Korruption

In Kenia ist eine Gruppe politischer Provokateure mit einer Webseite online gegangen, die korrupte Politiker bloßstellt. „MaVulture.com“ steht für „many vultures“ – „viele Aasgeier“ – und zählt bereits nach wenigen Wochen zu den meist besuchten Internetplattformen des Landes.

Im Netz ist MaVulture.com seit dem 13. November. Die Webseite ist ein neues Projekt von Boniface Mwangi, eines für seine Graffiti und Fotos in Nairobi bekannten Aktivisten. Für seine Fotoausstellungen über die Gewalt nach den Wahlen vor fünf Jahren hat ihn der US-Fernsehsender CNN gleich zweimal – 2008 und 2010 – mit dem Mohamed-Amin-Fotopreis ausgezeichnet.

Nach der Bekanntgabe des umstrittenen Wahlergebnisses im Dezember 2007 waren Unruhen und ethnische Kämpfe ausgebrochen, die 1200 Menschen das Leben kosteten. Weitere 600 000 Kenianer wurden vertrieben.

Die Webseite hat bisher die Profile von 17 Politikern hochgeladen. Auch Uhuru Kenyatta, der Sohn des ersten kenianischen Präsidenten und derzeitiger Präsidentschaftskandidat, ist vertreten. Gegen ihn ermittelt der Internationale Strafgerichtshof wegen Verbrechen gegen die Menschlichkeit. Kenianer sprechen von dem Blutbad nach den Wahlen 2007 als „die Gewalt“.

Geldwäsche, Land Grabbing, Drogenhandel und Morde sind nur einige Vorwürfe, die MaVulture.com ihren Zielpersonen vorwirft. Neben Berichten enthält die Seite Videos, Infografiken zu jedem Politiker und Steckbriefe in der Größe von Postern, die aus dem Internet heruntergeladen werden können. Finanziert wird das Projekt von anonymen Spendern.

Im Juni trugen Mwangi und andere Aktivisten 49 schwarze Särgen zum Parlamentsgebäude. Jeder Sarg stand für jedes einzelne Jahr der Straffreiheit, die Politiker seit der Unabhängigkeit 1963 genießen. „Beerdige den Aasgeier mit deiner Stimme“, war auf den Särgen zu lesen, die zudem auf verschiedene politische Skandale verwiesen.

Die Behörden haben einen Großteil der Graffiti überpinseln lassen. Doch eines, das Mwangi in der Nähe des Marktes im Zentrum gesprüht hat, ist erhalten geblieben. Es zeigt einen Ober-Aasgeier, der verschlagen grinsend auf einem Thron sitzt. In der einen Hand hält er eine Teetasse, die andere ist mit Handschellen an einen Aktenkoffer gekettet. In einer Sprechblase heißt es: „Sie plündern, vergewaltigen, brandschatzen und töten zu meiner Verteidigung. Ich stehle ihre Steuern und ihr Land, doch die Idioten werden auch weiterhin für mich stimmen.“

Für Mwangi ist es völlig unverständlich, wie 200 Personen in einem Land mit 40 Millionen Menschen auf diese Weise schalten und walten können, ohne dass irgendjemand dagegen protestiert. „Wie nennt man solche Menschen? Zombies, Feiglinge? Es widerspricht jeder Logik, dass Menschen, die von einem System versklavt werden, sich nicht dagegen auflehnen.“

Mwangi nimmt an, dass es die Angst vor den möglichen Folgen ist, die die meisten Menschen schweigen lässt. Deshalb denkt er derzeit über die Veranstaltung eines Masken-Protestumzugs nach. „Dieses Land ist sehr klein. Die Mehrheit der Unternehmen gehört Politikern und Aasgeiern. Wenn Menschen also protestieren, müssen sie damit rechnen, gefeuert zu werden. Maskiert können sie jedoch Farbe bekennen.“

Brasilien: Meist bedrohter Stamm der Erde besucht Hauptstadt

Fünfzehn Mitglieder des meist bedrohten Stammes der Erde haben erstmals Brasiliens Hauptstadt besucht, um die Regierung dazu aufzufordern, illegale Eindringlinge in die Gebiete der Ureinwohner zur Räumung zu zwingen und ihr Land zu schützen. Die drei-

tägige Reise der Awá brachte sie aus der relativen Isolation ihrer Heimat im Urwald im Bundesstaat Maranhão, nach über 2000 Kilometer Busfahrt ins Zentrum von Brasília. Für die meisten war es der erste Besuch in der Hauptstadt. Ihre Reise wurde von CIMI, einer Organisation, die sich für die Rechte der brasilianischen Ureinwohner einsetzt, unterstützt.

Die Awá machten die lange Reise, um den Vertretern der Regierung gegenüberzutreten, nachdem sie diese wiederholt vergeblich dazu aufgerufen hatten, ihnen zu helfen. Auch eine internationale Kampagne der Nichtregierungsorganisation „Survival International“ mit bisher über 41 000 Protest-E-Mails, hat daran bislang nichts ändern können.

Illegale Abholzung hat dazu geführt, dass die Awá, ein Stamm, zu dem etwa 460 Menschen gehören, von Eindringlingen umzingelt werden und nicht mehr länger als einer der letzten Stämme von Jägern und Sammlern in ihrer ursprünglichen Weise leben können.

Ein Mann der Awá erklärte gegenüber Survival: „Die Holzfäller werden dieses ganze Gebiet zerstören. Sie fällen Holz und werden alles zerstören. Affen, Nabelschweine und Tapire, sie alle rennen fort. Ich weiß nicht, wovon wir uns ernähren werden.“

Der Geschäftsführer von Survival, Stephen Corry sagte: „Über Jahrzehnte hinweg haben die Awá Landraub und Mord durch rücksichtslose Eindringlinge erduldet. Durch ihre Reise nach Brasília nehmen sie nun die Dinge selbst in die Hand – und verschaffen sich Gehör in der ganzen Welt. Der brasilianischen Regierung fällt es immer schwerer, den internationalen Schrei der Entrüstung über die Invasion des Awágebietes zu ignorieren: ihr eigener Ruf in der Welt ist nun bedroht.“

Aus oekumenischen NETZEN

► Bremen

Fachstelle Oekumene und Weltverantwortung

Nach gut 25 Jahren konnte der Charakter der Oekumenischen Initiative Bremen als Initiativgruppe nicht fortgeführt werden. Die von der Bremischen Evangelischen Kirche finanzierte Stelle des Geschäftsführers der Initiative ist zur Fachstelle Oekumene und Weltverantwortung im Evangelischen Bildungswerk Bremen geworden. Die Fachstelle sichtet Oekumene-relevante Themen, nimmt die Anliegen von OeRK und ACK auf, bündelt diese zu ökumenischen Lernangeboten, um sie für gemeinsames Handeln zugänglich zu machen und vernetzt kirchliche und nicht-kirchliche Akteure. Die Fachstelle führt ihre Arbeit im institutionellen Rahmen des forum Kirche durch, das in seinem Leitbild die Ziele „Gerechtigkeit, Frieden, Bewahrung der Schöpfung“ als Querschnittsaufgabe aller Arbeitsfelder des forum Kirche aufgenommen hat.

Südafrika: Oekumene-Partnerschaft mit Durban

Über die Rest-Cent-Sammlung 2012/2013 bei den Gehaltszahlungen der Angestellten der Bremischen Evangelischen Kirche soll die Installation einer Solarenergieanlage beim südafrikanischen Partner des forum Kirche, dem Diakonia Council of Churches in Durban gefördert werden. Geplant ist die Intensivierung des gegenseitigen fachlichen Austauschs zur Jugendarbeit in den Kirchen. Eine angehende Pastorin aus Bremen wird von Februar bis Mai 2013 ihr Sondervikariat in Durban beim Kirchenrat verbringen.

Pilgerfahrt zum DEKT und Planungen für Oekumenischen Stadtkirchentag

Eine Pilgerfahrt per Rad zum Deutschen Evangelischen Kirchentag in Hamburg wird vom **27.04.** bis **01.05.2013** historische und umweltpolitische Themen auf der Strecke Bremen-Stade-Hamburg verbinden. Auf einen ökumenischen Stadtkirchentag in Bremen – vermutlich 2015 – richten sich die Bemühungen der ökumenisch Engagierten. Insbesondere sollen die internationalen ökumenischen Gemeindepartnerschaften sowie die internationalen, oft afrikanischen Migrationskirchen, die in den landeskirchlichen Gemeinden zu Gast sind, einbezogen werden.

Bremer Gespräche zum Nahen Osten

Mit Prof. Dr. Martin Stöhr und Hans Werner v. Wedemeyer, wird am Sonntag, den **17. Feb-**

ruar im biografisch lebensgeschichtlichen Zugang eine Brücke zur deutschen Vergangenheit und zum heutigen Engagement im christlich-jüdischen Dialog wie in der politischen Bewertung der aktuellen Geschehnisse geschlagen. Die Journalisten Joseph Croitoru, Haifa/Frankfurt, und Clemens Ronnefeld, Freising/Minden, werden am **16.06.** dazu beitragen, die Situation der Menschen in Nahost in ihrer Komplexität besser zu begreifen, und lernen Antworten darauf zu geben, was uns Nahost angeht und wie wir angemessen in unserem Kontext agieren können.

UWE IHSSSEN

Kontakt: Oekumenische Initiative Bremen - Fachstelle Oekumene und Weltverantwortung im Evangelischen Bildungswerk Bremen, forum Kirche, Hollerallee 75 28209 Bremen, Tel.: 04 21/34615 36 www.oekumenische-initiative.de

► Bayern

„Politisch lästig sein – eine Aufgabe der Christen!“

Das Motto des Studientags des Oekumenischen Netzes Bayern am letzten Septemberwochenende 2012 „Für den Frieden beten – zahlen für den Krieg?“ legte nahe, dass das Thema „Militär- oder Friedenssteuer“ das beherrschende Thema sein sollte.

Doch schon der Hauptreferent, Dr. Jakob Fehr von den Mennoniten, weitete den Blick der Zuhörer: Am Beispiel der Erzählung vom Zinsgroschen legte er dar, dass auch das Bild des Kaisers nur darauf hinweist, dass Gott der eigentliche Herr der Welt ist. Christ sein heißt, gegen die Macht der Welt das Gebot der Liebe als Befreiung von gängigen Strukturen zu setzen, denn das Neue Testament ist die Erzählung vom Reich Gottes in der Gemeinschaft im Geist und im Widerstand gegen „Mächte und Gewalten als Kontrastgesellschaft auf freiwilliger Basis“, wie er ausführte. Steuerverweigerung kann darin nur eine von vielen Möglichkeiten sein. Der Kapuzinerpater Dr. Othmar Noggler machte darüber hinaus deutlich, dass ein echter Christ zwar in all seinen Unternehmungen achtsam sein, zugleich aber entschieden gegen jegliche Gewalt aufstehen muss. Christen haben die Verpflichtung „politisch lästig zu werden“, wie etwa die Witwe im Gleichnis vom ungerechten Richter.

So ist Artikel 4 des Grundgesetzes „Die Freiheit des Glaubens, des Gewissens und die Freiheit des religiösen und weltanschaulichen Bekenntnisses sind unverletzlich“ die Voraussetzung für den Antrag etlicher Gruppen – auch des OeNB – an die Landessynode

der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Bayern zur Befreiung der Menschen, die aus Gewissensgründen Militär, Krieg und Rüstung ablehnen, von sog. „Kriegssteuern“. Denn niemand darf gegen sein Gewissen Steuern zahlen müssen, die dem Kriegshandwerk dienen. Krieg müsse aus der Perspektive der Opfer, der Schwachen, gesehen werden, wie Pfarrer Hansjörg Meyer ausführte. Die Opfer (in der Regel Zivilisten) erleben und erleiden die Auswirkungen von Rüstungsexport, „Verfeinerung“ der Militärtechnik (Drohnen) und Sicherung der wirtschaftlichen und politischen Vormachtstellung durch angedrohte oder vollzogene Tötung von Menschen.

Kriegssteuerverweigerung ist allerdings nur eine Art, christlich „lästig“ zu werden. Genauso wichtig ist, sich als Christ in das tägliche politische Geschäft einzumischen, sich persönlich oder brieflich an die politisch Verantwortlichen zu wenden. Auch die Teilnahme an Aktionen und Demonstrationen zeugen vom Mut eines Christenmenschen.

Dieser Art von Mut und Christsein sieht sich das Oekumenische Netz Bayern weiter verpflichtet und hofft, in Zusammenarbeit mit anderen Gruppen dem Ziel einer besseren Welt ein wenig näher zu kommen.

GUDRUN SCHNEEWEISS

Kontakt: Oekumenisches Netz in Bayern
c/o H.H. Willberg, Mühlbachweg 13
90559 Burghann, Tel.: 0 91 83 / 95 00 39
www.oekumenischesnetz-bayern.de

► Mittelrhein

Klimagerechtigkeit und Wirtschaftsordnung

Unsere beiden letzten Jahrestagungen standen unter dem Thema Klimagerechtigkeit.

Schon im Verlauf der Beschäftigung mit dieser Thematik zeichnete sich ab, dass eine Auseinandersetzung mit der herrschenden Wirtschaftsordnung uns als nächstes beschäftigen müsste. Nachdem die „Akademie Solidarische Ökonomie“ erste Ergebnisse ihrer Arbeit vorgelegt hat, wollen wir diese hier im Rheinland kennenlernen und bekannt machen. Im ergänzenden Vergleich mit anderen Ansätzen alternativen Wirtschaftens soll das Verständnis für die notwendige Transformation vertieft werden, um begehre Wege zu einer neuen Wirtschaftsordnung erkennbar werden zu lassen.

Seitdem jüngst u.a. die Evangelische Kirche im Rheinland sich an dem ökumenischen Prozess „Umkehr zum Leben – den Wandel gestalten“ beteiligt, sehen wir uns in der gemeinsamen Verantwortung als Christen, die Folgen des Klimawandels in der Natur und den unweigerlich auf uns zukommenden gesellschaftlichen Wandel nicht nur über uns ergehen zu lassen, sondern nach Kräften zu

gestalten. In den Zusammenhang gehört die Neuordnung der Ökonomie zu einer Wirtschaft im Dienst des Lebens. Unsere Tagung will am **15./16. März 2013** unter dem Motto „So geht es nicht weiter! – Wege zur Transformation von Wirtschaft und Gesellschaft“ den ökumenischen Aufbruch unterstützen.

Tagungsort: Evangelische Gemeinde Köln-Klettenberg
Tersteegenhaus, Emmastr. 4.

Den Einführungsvortrag zum Thema hält Martin Gück von Kairos Europa am Freitagabend. Am Samstag wird die „Akademie Solidarische Ökonomie“ die entscheidenden Gestaltungsvorschläge aus ihrer Arbeit vorstellen, anschließend die Bewegung „Gemeinwohlökonomie“ ihre Einsichten ergänzend ins Spiel bringen. Gruppenarbeiten sind zu weiteren alternativen Gestaltungsansätzen in Handel, Gesellschaft und Demokratie, und zwar mit Experten von SÜDWIND, der Genossenschaftsbewegung, Vertretern der Arbeitswelt sowie der Auseinandersetzung um demokratisch-rechtliche Verfassungsfragen (zwischen Nation und EU) vorgesehen. Schließlich wird die Verantwortung der Kirchen in den Blick genommen. Was waren ihre bisherigen Beiträge und was soll oder muss jetzt geschehen?

DIETER ENDEMANN

Kontakt: Oekumenisches Netz Mittelrhein
c/o Pfr. Dieter Endemann, Domstr. 62, 50668 Köln
OekumNetzMittelrhein@t-online.de

► Westfalen

Versöhnung – nach wie vor ein aktuelles Thema auf europäischer Ebene

Eigentlich könnte man meinen, dass der Prozess der deutsch-polnischen Aussöhnung nicht mehr aktuell ist. Die leidvollen Erfahrungen von Krieg, Flucht und Vertreibung der Menschen in Polen, Deutschland, Ungarn und Italien standen im November 2011 im Mittelpunkt der Betrachtungen eines kirchlichen Symposions im polnischen Stettin. Die Berichte und Vorträge eines Zeitnehmers aus Polen und einer weißrussischen Forscherin machten deutlich: Auch heute noch sind Differenzierungen notwendig. Eine genaue Aufarbeitung der Kriegsgeschichte(n) leistet große Hilfe im Prozess der Versöhnung zwischen Deutschen, Polen und Weißrussen. Vieles ist auch heute noch unbekannt oder unbeachtet. Viele Stettiner sind polnische Vertriebene aus der Ukraine. 1945 und 1946 gab es Lager für deutsche Stettiner, die zum Verlassen der neuen, polnischen Territorien gezwungen wurden. Stettin als Tagungsort und das Dietrich-Bonhoeffer-Studien- und Begegnungszentrum waren ideal geeignet, um erfahrbar zu machen, welche Folgen der letzte Weltkrieg

bis heute hat. Das eigene Erinnern und Interpretieren steht immer im Horizont der Geschichte anderer. Versöhnung ist auch nach 60 Jahren noch möglich. Bonhoeffers Credo vom Verzeihen und das „Vater vergib“ des Friedensgebetes von Coventry sind hoch aktuell – das zeigte sich schließlich auch beim Besuch des Meditationsgartens in Finkenwalde – heute ein Vorort von Stettin.



Photo: © Privat

Pfarrerin S. Lüders überreicht das Coventry-Nagelkreuz an die Hausleitung des Bonhoeffer-Studienzentrums in Stettin.

Schon zum vierten Mal organisierten EKvW und der polnische ökumenische Rat im Rahmen ihrer langjährigen kirchlichen Kooperation einen Erfahrungsaustausch zwischen vier europäischen, protestantischen und orthodoxen Kirchen. In Stettin trafen sich über 30 KirchenvertreterInnen aus Westfalen, Polen, Ungarn und Italien – diesmal zum Thema „Krieg, Migration, Versöhnung – Lehren der Kirchengeschichte – Herausforderungen für die Zukunft“. Das nächste Symposium wird 2014 in Westfalen stattfinden.

THOMAS KRIEGER

Kontakt: Amt für Mission, Oekumene und kirchl. Weltverantwortung der Ev. Kirche von Westfalen
Olpe 35, 44125 Dortmund, Tel.: 0231/5409-77
www.moewe-westfalen.de

► Württemberg

OeNW-Studientag „Demokratie und Verfassungsfrage“

Auf seiner Jahrestagung 2011 hatte das OeNW beschlossen, der Frage des Verhältnisses von Demokratie und Verfassung mit einem Studientag nachzugehen, womit auch ein Auftrag der Jamaika-Auswertungstagung in Stuttgart-Birkach umgesetzt wurde. Diese „Demokratietagung“ fand am 22.09.2012 in Tübingen statt. Als Referent konnte Prof. Roland Geitmann gewonnen werden. Die TeilnehmerInnen bewegte die Sorge, wie Demokratie vor Aushöhlung geschützt werden kann, sowie Fragen zur Hierarchie von Verfassungen vor dem Hintergrund der aktuellen Souveränitätsübertragungen der Euro-Staaten an die EU.

Roland Geitmann verschaffte zunächst einen guten einführenden Überblick über

Demokratieformen und -definitionen. Er knüpfte dabei an die Trias der Forderungen der französischen Revolution: Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit an und ordnete diesen Begriffen die Bereiche Kultur/Kunst/Religion, Recht und Wirtschaft zu. Wirkliche Demokratie gestattet den Menschen die bestmögliche Entfaltung ihrer Möglichkeiten in diesen Bereichen, eine Erkenntnis, zu der Roland Geitmann nicht zuletzt als Mitglied der „Christen für gerechte Wirtschaftsordnung“ und damit des OeNW kommt. Auf die angesprochenen Fragen zum Thema Verfassung wurden in der anschließenden Diskussion differenzierte Antworten erarbeitet.

Der Studientag entwickelte sich in der Reihenfolge Orientierung – Diagnose – Therapieansätze. Als einen von mehreren Therapieansätzen stellte Roland Geitmann, der sich seit langem engagiert als Mitglied von Mehr Demokratie e.V. für direkte Demokratie einsetzt, zum Schluss ein ambitioniertes Programm vor, wie die Bedingungen für Volksabstimmungen in Baden-Württemberg unter der derzeitigen rot-grünen Landesregierung durch die Arbeit an demokratischen Verfahrensfragen und das Zugehen auf die Opposition bis zur nächsten Bundestagswahl 2013 verbessert werden können (näheres bei Mehr Demokratie e.V.).

CHRISTOF GROSSE, SYLVIA DIETER

Kontakt: Oekumenisches Netz Württemberg
c/o Sylvia Dieter, Nahe Weinbergstr. 12
74348 Lauffen am Neckar, Tel.: 07133/21068

► Oekumenisches Netz in Deutschland (OeNiD)



Oekumenische Versammlung 2014

Die derzeit wichtigste Initiative, die von dem Zusammenschluss der regionalen Netze und ökumenischen Initiativen ausgeht, ist der Plan einer neuen Oekumenischen (Basis-) Versammlung im Jahr 2014. Dazu beriet die Mitgliederversammlung 2012 des Oekumenischen Netzes in Deutschland. Sie tagte am 21. September in der Adam-von-Trott-Stiftung Imshausen bei Bebra.

Die Oekumenische Versammlung soll – 18 Jahre nach der letzten derartigen Tagung 1996 in Erfurt – anknüpfend an die Tradition des Konziliaren Prozesses, Antworten auf die dramatisch veränderte Situation in Politik, Wirtschaft und hinsichtlich des Erhaltes der Schöpfung suchen. Nachdem eine

Arbeitsgruppe des OeNiD ein Jahr lang die Chancen der Verwirklichung sondiert hat, hat die Mitgliederversammlung jetzt das positive Votum der Gruppe bestätigt. Eine offene Vorbereitungsgruppe soll weitgehend eigenverantwortlich den Vorbereitungsprozess lenken. Sie ist derzeit darum bemüht, die Idee bekannt zu machen und um breite Unterstützung zu werben.

Ein zweites Projekt des OeNiD wurde gleichsam in die Selbständigkeit entlassen. Die „Akademie Solidarische Ökonomie“ hat sich als Arbeitsgemeinschaft unter dem Dach der Stiftung Oekumene neu konstituiert und ist dem OeNiD nunmehr als eigenständiges Mitglied beigetreten.

Das Oekumenische Netz hat nach der bisher sechsjährigen Praxis erstmals seine Arbeitsstruktur in einem Dokument schriftlich niedergelegt und beschlossen. Der Koordinierungskreis hat keine personelle Veränderung erfahren.

GISELHER HICKEL

Einberufer des Koordinierungskreises des OeNiD

Kontakt: Glinkastr. 16, 10117 Berlin

► Oekumenische Initiative Eine Welt



Tätig werden – für eine bessere Welt

Die Erd-Charta nimmt für sich in Anspruch, ein interkultureller und interreligiöser Konsens zu sein und ethische Grundsätze zu bieten, auf die sich alle einigen können. Die eine Richtschnur geben können für ein Leben, das auch andere gut leben lässt – auf der Erde jetzt und als zukünftige Generation. Deshalb ist sie Thema beim Jahrestreffen der OeIeW vom **19.–21.04.2013**.

Haupt-Referent ist Rabbi Awraham Soetendorp aus Den Haag, der den zweiten Weltkrieg als verstecktes Kind überlebte, nach seiner Rabbinerausbildung jüdische Gemeinden in den Niederlanden wieder aufbaute und sich seit über 45 Jahren für die interreligiöse Zusammenarbeit zu Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung einsetzt. Zusammen mit Wangari Maathai, Michail Gorbatschow und Maurice Strong war Rabbi Soetendorp als Erd-Charta-Kommissionär an der Ausarbeitung der Erd-Charta beteiligt.

Wir wollen der Frage nachgehen, welchen Beitrag die Religionen und eine sozial und ökologisch engagierte Spiritualität zu dem tiefgreifenden Wandel unserer Gesellschaft leisten kann, der für den Aufbau einer zukunftsfähigen Welt nötig ist. Rabbi Soetendorp wird uns von seinen langjährigen Bemühungen um die Versöhnung von Juden

und Muslimen im Nahen Osten berichten. Von der Jahrestagung erhoffen wir uns neue Impulse für das Erd-Charta Programm für Religion und Nachhaltigkeit, das die Oekumenische Initiative Eine Welt zusammen mit dem von Rabbi Soetendorp gegründeten Jacob Soetendorp Institut für Humane Werte koordiniert.

Um den tiefgreifenden Wandel in unserem Denken und Bewusstsein zu starten, damit wir beginnen, achtsam mit den Ressourcen der Erde umzugehen, brauchen wir das Denken über Grenzen hinweg.

Ein wichtiger Bestandteil der Tagung in Warburg-Germete bei Kassel wird es sein, selbst kreativ zu werden und mit Hand, Körper und allen Sinnen Neues auszuprobieren.

ANJA BECKER

Kontakt: OeIeW, Ursula Steuber, Mittelstr. 4

34474 Diemelstadt-Wethen, Tel.: 05694/1417

info@oeiew.de

► Plädoyer für eine ökumenische Zukunft



Gewicht auf Klimagerechtigkeit

Die AG Strategie des Plädoyer hat aus Genf eine positive Rückmeldung erhalten. In einem ausführlichen Brief teilte der „Assembly Coordinator“ für die Vollversammlung in Busan, Douglas L. Chial, dem Plädoyer mit, dass das Plenum zu Gerechtigkeit großes Gewicht auf die ökologische Gerechtigkeit legen werde. In Hunderten von Zuschriften und Vorschlägen sei dies ebenfalls angemahnt worden. Das „Assembly Planning Committee“ habe sich dies zu Eigen gemacht. So waren wir nicht übermäßig überrascht, jedoch erfreut, dass das Programm-Komitee des OeRK-Zentralausschusses bei der Sitzung in Kreta empfohlen hat, in Busan eine siebenjährige „pilgrimage on justice and peace“ in Gang zu setzen, die sich konzentriert auf Glaubensverpflichtungen für ökonomische Gerechtigkeit (Armut und Reichtum), ökologische Gerechtigkeit (Klimawandel usw.) und Friedensbildung. Diese Pilgerfahrt für Gerechtigkeit und Frieden soll durch einen breit angelegten theologischen Studienprozess begleitet werden. In den bisher getroffenen Vorentscheidungen sehen wir auch die Aufnahme und Würdigung unserer im Klima-Memo niedergelegten Überzeugungen und Vorschläge. – Die AG Strategie beabsichtigt, weitere Details in Genf zu erfragen, vor allem im Blick auf ein eigenes Engagement des OeRK, etwa in Gestalt von Fachtagungen und ökumenischen Teambesuchen.

Die AG Theologie arbeitet intensiv an Themen, die die Tagung in Arnoldshain zur Vorbereitung der Busan-FahrerInnen (**02. bis 04. April 2013**) mitprägen werden. Es geht im weiten Sinne um eine aktualisierte Schöpfungstheologie und um ein integrales Naturverständnis. Im Fokus des Interesses stehen derzeit die Dekonstruktion des Anthropozentrismus und des patriarchalen Dominanzdenkens sowie das Ringen um eine undogmatische und wirklichkeitsnahe Sprache.

Die Beiträge sollen Teil eines Readers werden, der hauptsächlich aus ökumenischen Mutmachgeschichten besteht. Die gute Resonanz auf unseren Aufruf, über Mut machende ökumenische Erfahrungen zu berichten, gibt neuen Mut.

Was die Planung für die 10. Oekumenische Sommeruni (OeSU), die vom **29. Sept.** bis **03. Okt. 2013** in der Ev. Akademie Hofgeismar stattfinden wird, betrifft, so haben sich einige Veränderungen aus der Zusammenarbeit mit Oekumene-Dozenten an verschiedenen Universitäten ergeben. Für das geplante Ausstellen von Scheinen (European credit points) ist das bisher angedachte OeSU-Thema: „Weltweite Kirche vor Ort gestalten“ zu unkonkret. Die OeSU wird nun unter dem Motto „Klimagerechtigkeit leben – weltweit und vor Ort. Transformative Spiritualität zur Bewahrung der Schöpfung“ stehen. Die Klimagerechtigkeit soll theoretisch und praktisch auf die alten und neuen Oekumenethemen Einheit, Mission, Dienst und Bildung bezogen werden. Der Hauptverantwortliche für die OeSU, Gert Ruppel, hat bereits ein ausführliches Exposé erarbeitet, das (in Auszügen) angefordert werden kann.

WERNER GEBERT

Kontakt: PLÄDOYER für eine ökumenische Zukunft

c/o Pfr. i. R. Werner Gebert

Bahnweg 14, 72131 Ofterdingen

Tel.: 07473/959898, Fax: -959894

euw.gebert@t-online.de

► Akademie Solidarische Ökonomie

„Eine andere Welt mit welchem Geld“ Öffentliche Fachtagung in Berlin

Mit der öffentlichen Plenartagung „Eine andere Welt – mit welchem Geld“ in Berlin (23.11. bis 25.11.) stellte die Akademie einige Ergebnisse aus der Arbeit des ablaufenden Jahres 2012 einer breiteren Öffentlichkeit vor. Auch wenn der Schwerpunkt dieser Tagung in der Diskussion um ein neues Geldsystem lag, wurde im Laufe der Diskussion immer wieder darauf hingewiesen, dass ein gesellschaftlicher Wandel grundlegende Änderungen auch in anderen Bereichen erfordert. Dies entsprach auch der Konzeption der Tagung. Die Schaffung eines neuen

Geldsystems ist sicher eine notwendige aber keineswegs hinreichende Bedingung für eine neue, menschenwürdige Wirtschaftsweise. Mit den Änderungen im Geldsystem müssen grundlegende Veränderungen etwa in der Eigentumsordnung und der Unternehmensverfassung einhergehen. Hieraus ergeben sich dann weitere Konsequenzen für weitere gesellschaftliche Felder. Exemplarisch sei hier das Sozialsystem (Stichwort: Grundeinkommen), das Steuersystem oder die Gestaltung der Arbeitswelt genannt.



Podiumsdiskussion in Berlin

Die jetzige Orientierung des Wirtschaftens an der Maximierung der Rendite statt an dem Gemeinwohl macht sich eben nicht nur am Geldwesen, sondern mittlerweile in nahezu allen Bereichen der Wirtschaft und Gesellschaft bemerkbar. Ein Systemwandel muss somit vornehmlich die Renditeorientierung als das dominierende Ziel des Wirtschaftens ablösen.

Schwerpunkt: Menschenbild

Die Tagung begann mit einer Diskussion um die Bedeutung des Menschenbildes für eine neue solidarisch organisierte Wirtschaft und Gesellschaft. Die AG Menschenbild hatte sich in diesem Jahr intensiv mit dem integralen Ansatz von Ken Wilber beschäftigt und stellte diesen dem Plenum vor. Wie alle neueren Forschungen zum Menschenbild verweist auch dieser Ansatz auf die Notwendigkeit, sich von der krankmachenden und menschenverachtenden Wirtschaftsweise einer kapitalorientierten Ökonomie zu lösen. Dringend notwendig ist dagegen die Entwicklung und Umsetzung eines Wirtschafts- und Gesellschaftssystems, in dem die Beziehung des Individuums zu seinen Mitmenschen und zu seiner natürlichen und sozialen Umwelt im Mittelpunkt steht. Nur eine ganzheitliche Betrachtung des Menschen kann dazu führen, dass sich Menschen psychisch und physisch gesund entwickeln.

Schwerpunkt: neues Geldsystem

Am Samstag stand die Diskussion um ein neues Geldsystem im Mittelpunkt. Vor allem die Makro-AG hatte sich intensiv mit dieser Thematik in dem vergangenen Jahr beschäftigt. Als Referenten waren die Professoren Huber, Senf, Löhr und Diefenbacher anwesend. Alle Referenten gelten als ausgewiesene und in der Gelddiskussion bekannte Fachleute. Weitgehende Einigkeit bestand unter den Anwesenden, dass das heutige, auf Schulden basierende Geldsystem ein irrwitzi-

ges und nicht zu kontrollierendes Wachstum des Geldvolumens ermöglicht. Abgesehen von der demokratiefeindlichen Intransparenz führt dies System dazu, dass wir alle auf einem Pulverfass leben. Sollten die riesigen Schuldenberge platzen, wird dies zahlreiche Volkswirtschaften erbarmungslos in den Ruin reißen. Die Akademie fordert, die Schöpfung von Geld nicht mehr den privaten Geschäftsbanken zu überlassen, sondern dieses Recht wieder ausschließlich in die Hand des Staates zu geben. Damit würde den Banken eine vollkommen neue Rolle zukommen. Sie wären Makler, die das geschöpfte Geld zwar noch verteilen, aber nicht mehr schöpfen können.

Wichtige Schwerpunkte für das Jahr 2013

Ein zentraler Schwerpunkt des kommenden Jahres wird in der Fortsetzung der theoretischen Grundlagenarbeit liegen. Dieser Schwerpunkt umfasst ein weites Spektrum von der weiteren Arbeit an dem Thema Menschenbild bis zu diffizilen ökonomischen Fragen wie der Suche nach geeigneten Steuerungsinstrumenten in einer solidarischen Ökonomie.

Ein weiterer Fokus besteht in dem Aufbau und der Erweiterung der Bildungsarbeit. Diese Arbeitsgruppe hat im September des Jahres 2012 ihre Arbeit begonnen. Sie hat auf der Tagung bereits ihr Bildungskonzept vorgestellt und wird sich mit Beginn des neuen Jahres an die Erstellung von methodisch-didaktischen Modulen zu den vielen inhaltlichen Themen der Akademie machen. Dabei hat sie sowohl eine solide ökonomische Grundbildung als auch die Vermittlung und Entwicklung einer neuen Wirtschaftsweise im Auge.

Seit längerer Zeit wird in der Akademie über die Notwendigkeit diskutiert, sich mit weiteren Initiativen und Organisationen, die ein ähnliches Anliegen wie die Akademie verfolgen, zu vernetzen. Diese Absicht wurde auf der Tagung von vielen TeilnehmerInnen noch einmal ausdrücklich bestärkt. Es bildete sich eine Arbeitsgruppe, die diese Vernetzung vorantreiben möchte. Ein großer Erfolg dieser Gruppe für das Jahr 2013 könnte darin liegen, Vertreter der zahlreichen Organisationen an einem Wochenende zusammenzubringen, um über gemeinsame Projekte, Aktionen oder Kampagnen zu beraten. Dies würde die Identität der Organisationen nicht berühren, könnte aber die Kraft der gesellschaftlichen Bewegung verstärken.

Ein weiterer Schwerpunkt für 2013 liegt in der Unterstützung und Begleitung bestehender oder entstehender Projekte. Konkret wurde ein Regioprojekt in Bad Hersfeld und die Unterstützung der Initiative Klimaschutz in Heidelberg genannt.

Schließlich muss die AG Öffentlichkeit alle nur möglichen Wege zur Wahrnehmung der Akademie in der Öffentlichkeit suchen.

Eine Reihe der TeilnehmerInnen entschloss sich in Berlin, sich in einer der Schwerpunktbereiche bzw. Arbeitsgemeinschaften zu engagieren. So können wir mit frischem Mut in das neue Jahr gehen.

NORBERT BERNHOLT

Kontakt: Akademie Solidarische Ökonomie

c/o Norbert Bernholt, Am Butterberg 16

21335 Lüneburg, Tel.: 0 41 31/7 21 74 50

► Internationaler Versöhnungsbund

Kultur der Gewaltfreiheit und alternativen Wirtschaften

Der Internationale Versöhnungsbund hat sich seit den Anfängen 1914 einer Kultur der Gewaltfreiheit als Zielvorstellung verpflichtet. Zu einer solchen Kultur zählte schon immer der Aufbau, das Bestärken und das Ausprobieren von Möglichkeiten alternativen Wirtschaftens. Angesichts der gegenwärtigen finanz- und wirtschaftspolitischen Debatten und Sorgen wird die Jahrestagung 2013 (**09. bis 12. Mai** in Arendsee) des deutschen Zweiges des Internationalen Versöhnungsbundes unter dem Titel „Anders wirtschaften – Welches Wachstum wollen wir?“ das Thema Wirtschaft und Wachstum aufgreifen.

In Politik und Gesellschaft gilt ein stetiges Wirtschaftswachstum als selbstverständliche Voraussetzung für Fortschritt und Wohlstand. Dabei sind uns die „Grenzen des Wachstums“ seit langem bekannt und bewusst. Die vorhandenen Güter dieser Erde könnten zwar für alle Menschen reichen, aber sicher nicht für die menschliche Gier. Eine Menschheit, die in arm und reich gespalten ist, verliert zudem ihre Friedensfähigkeit. Wir werden einerseits auf der Tagung nach den Ursachen für den vermeintlichen Zwang zum materiellen Wachstum suchen. Niko Paech, Professor an der Universität Oldenburg, wird dazu seine Thesen über die „Alternativlosigkeit einer Postwachstumsökonomie“ zur Diskussion stellen. Andererseits werden wir Modelle einer Wirtschaft kennen lernen, in denen Gemeinschaft und Gerechtigkeit zunehmen, – nicht aber Reichtum und Gewinn. Dabei werden wir Ausschau halten, welches Wachstum nachhaltig ist für Frieden, Gerechtigkeit und Bewahrung der Schöpfung. Unter anderem werden sich dazu Projekte vorstellen z.B. aus den Bereichen Ökolandbau, GLS-Bank und Oikocredit, regionale Währungsmodelle, regionale, dezentrale Energieversorgung, fairer Handel uvm.

Für den persönlichen Bereich geht es bei dieser Tagung darum: Wie können wir darin wachsen, zu erkennen und einzusehen, wie wir von einer Haltung des Habens zu einer Haltung des Seins gelangen? Was ermutigt uns, selbstbewusst mit weniger und dafür

gemeinschaftlicher zu leben? Dazu wird sowohl theoretisch gearbeitet z. B. über einer „Theologie des Genug“ oder in Auseinandersetzung zu Erich Fromm's Frage nach Haben oder Sein als auch kreativ-praktisch und körperorientiert.

Kontakt: Versöhnungsbund e.V., Schwarzer Weg 8
32427 Minden, Tel.: 0571/850875, Fax: 829 2387
vb@versoehnungsbund.de

► Projekt Oekumenische Versammlung 2014

Von der Versammlung zum II. Vatikanischen Konzil zur Oekumenischen Versammlung 2014

In ihrer Botschaft der Konziliaren Versammlung zum II. Vatikanischen Konzil vom 18. bis 21. Oktober 2012 in Frankfurt äußerten die Teilnehmenden:

„Das II. Vatikanische Konzil war der Anfang eines Anfangs: die katholische Kirche bricht auf in die moderne, plurale Welt – eine Welt, in der sich die Kluft zwischen Reichen und Armen immer mehr vergrößert. Sie entdeckt das Antlitz Jesu neu – in den Ängsten und Hoffnungen der Menschen, besonders der Armen und Bedrängten.“

Das Konzil war auch die Zeit des Aufbruchs einer Kirche, die den Klerikalismus überwinden wollte. Die überkommenen kirchlichen Strukturen stehen jedoch nach wie vor einer glaubhaften Verkündigung im Wege.

50 Jahre danach setzen wir, ChristInnen in Kirchengemeinden und Verbänden, kirchlichen Werken, Basis- und Reformgruppen diesen Weg fort: die Glut des konziliaren Aufbruchsfuers neu freizulegen und zu entfachen. Als pilgerndes Volk Gottes in den Wirren und Konflikten unserer Tage eint uns der Wille, das Vermächtnis des Konzils und des konziliaren Prozesses für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung heute zu leben, die „Zeichen der Zeit“ zu erkennen und Alternativen zur neoliberalen Herrschaft von Kapital- und Gewinnsucht zu praktizieren.“

„Die Konziliare Versammlung zeigte, dass es viele christliche Gruppen und Initiativen gibt, die konkrete Schritte tun, um in unserer Welt ein menschenwürdiges und naturverträgliches Leben für alle zu ermöglichen. Sie widersetzen sich einem Denken und Handeln in Politik und Wirtschaft, das uns weismachen will, es gebe keine Alternative zur kapitalistischen Weltordnung. Die Gewissheit, dass eine andere Welt möglich ist, steht unserer Überzeugung nach in engster Verbindung mit der Reich-Gottes-Botschaft Jesu, die vom Konzil neu zu Bewusstsein gebracht wurde.“

Diese andere Welt Gottes scheint dort zeichenhaft auf, wo Menschen das, was zu einem würdigen Leben notwendig ist, miteinander teilen.“

Dazu einige Beobachtungen anlässlich des von Peter Schönhöffer und Christoph Grosse angebotenen Workshops auf der Konziliaren Versammlung in Frankfurt (18. bis 21. Okt. 2012): Viele Gesichter waren von pax christi her bekannt. Das erste Plenum wurde vom gemeinsamen Singen von Huub Oosterhuis-Liedern leitmotivisch durchzogen.

Christoph Grosse und Peter Schönhöffer breiteten engagiert die Planungen zur Oekumenischen Versammlung 2014/OeV2014 vor den TeilnehmerInnen aus, versuchten Momente der Übereinstimmung über die Notwendigkeit des Projekts auszuloten, und erinnerten zur Erklärung dafür, warum die OeV2014 auf der Konziliaren Versammlung präsentiert wurde, an das „andere“ Konzil, das von Bonhoeffer 1934 in Fanö ausgerufenen ökumenische Konzil der einen heiligen Kirche Christi.

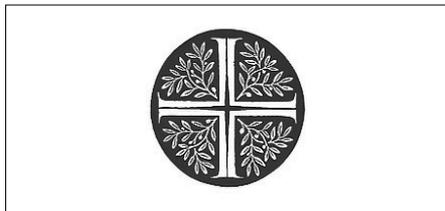
Bei der Wiederholung des Workshops wurden die TeilnehmerInnen aufgefordert, kurz die Bedeutung darzulegen, die das Konzil für ihr Leben hat. Es war, als wenn eine Fessel aufgegangen wäre, aus all dem Vorgebrachten entstand in den restlichen zwei Stunden des Workshops eine frei aus dem Stegreif entwickelte Prioritätenliste für die Oekumenische Basisversammlung.

Zum Schluss noch der Hinweis auf die treffende Glosse einer die Versammlung beobachtenden Journalistin in einer Frankfurter Zeitung: Die 500 Leute, die sich dort versammelt haben, könnten ihre Probleme alle mit einem Schlag lösen, wenn sie einfach evangelisch würden. Aber alle 500 wollen unbedingt katholisch bleiben ...

CHRISTOF GROSSE

Kontakt: Brettener Str. 41, 75177 Pforzheim

► Church and Peace



„In jedem Menschen das Antlitz Gottes sehen“ Das Kairos-Palästina Dokument

„Noch gibt es einen Traum, der auf seinen Träumer wartet“. Marwan Abado sang zu den Klängen seiner Laute über den arabischen Frühling und von Leid und Liebe seines palästinensischen Volkes. Zuvor hatte Viola Raheb den 90 TeilnehmerInnen der Wochenendtagung auf dem Thomashof bei Karlsruhe als Referentin über das Kairos-

Palästina Dokument zugerufen: „Es braucht Menschen, die sich mit Leib und Seele und Kreativität gewaltfrei für Gerechtigkeit und Frieden aller Menschen im Nahen Osten einsetzen.“ Die Tagung vom 23. bis 25. November 2012 trug den Titel: „In jedem Menschen das Antlitz Gottes sehen“. Den Teilnehmenden war es wichtig, in der politischen Auseinandersetzung Aufmerksamkeit zu entwickeln für die inkonsequente Haltung der Bundesregierung gegenüber Verstößen der israelischen Regierung gegen das Völkerrecht und die Menschenrechte. Mit dem Stichwort „gewaltfrei einkaufen“ kennzeichneten die Teilnehmenden ihre Ablehnung, in den illegalen Siedlungen erzeugte Produkte zu konsumieren, sowie ihre Absicht, Produkte wie Olivenöl aus palästinensischen Betrieben im Westjordanland zu kaufen.

Kontakt: Church and Peace, Ringstr. 14
35641 Schöffengrund, Tel.: 0 64 45/55 88, Fax: -5070
IntlOffice@church-and-peace.org
www.church-and-peace.org

► Dietrich-Bonhoeffer-Verein (dbv)



Oekumenische Initiative zur Abschaffung der Militärseelsorge

Zur Frage der Seelsorge an Soldaten ist im September 2012 eine neue Initiative anlässlich einer Tagung des Dietrich Bonhoeffer-Vereins in Halle an der Saale ins Leben gerufen worden.

(www.militaerseelsorge-abschaffen.de)

Auf Initiative des Pfarrers Rainer Schmid plädiert sie für eine rein kirchliche Seelsorge durch ausschließlich kirchlich finanziertes Personal mit eindeutiger Loyalität. Die bisherige Form einer Militärseelsorge in staatlicher Finanzierung und entsprechender Gebundenheit soll aufgegeben werden. Diese „Oekumenische Initiative zur Abschaffung der Militärseelsorge“ ist geeignet, in der öffentlichen Diskussion zur Gewissensschärfung und Bewusstseinsbildung beizutragen. Das wird durch ein bundesweites Medienecho bestätigt. Eine Reihe von Organisationen haben sich zur Unterstützung bereitgefunden, ebenso wie Einzelpersonen, darunter der international renommierte Theologe Jürgen Moltmann.

Kontakt: Dietrich Bonhoeffer-Verein: dbv
c/o Schriftführerin Irmela Milch, Dreispitzstr. 14
65191 Wiesbaden, Tel.: 0611/2384627
Fax: -562710, info@dietrich-bonhoeffer-verein.de
www.dietrich-bonhoeffer-verein.de

Oekumenische Netze im Konziliaren Prozess

Der OEKUMENISCHE INFORMATIONSDIENST bietet unter anderem den hier aufgeführten oekumenischen Netzen eine Austauschplattform.

Bayern

Oekumenisches Netz in Bayern

c/o H. H. Willberg
Mühlbachweg 13, D-90559 Burghann
Tel.: 091 83 / 95 00 39

Berlin

Oekumenischer Rat Berlin-Brandenburg

Oekumenisch-Missionarisches Institut
Gierkeplatz 2-4, D-10585 Berlin
Tel.: 0 30 / 3 42 10 00
Fax: 0 30 / 3 42 10 11

INKOTA

Greifswalder Str. 33 a, D-10405 Berlin
Tel.: 0 30 / 4 28 91 11
Fax: 0 30 / 4 28 91 12

Bremen

Oekumenische Initiative Bremen

in forum Kirche
Holler Allee 75, D-28209 Bremen
Tel.: 04 21 / 3 46 15-36
Fax: 04 21 / 3 46 15-38

Hamburg

Solidarische Kirche in Nordelbien

Heike Schoon c/o Pauluskirche Altona
Bei der Pauluskirche 1, D-22769 Hamburg
Tel.: 01 75 / 9 09 32 89
Heike-Schoon@web.de

Hessen

Oekumenisches Netz Nord- und

Osthessen

c/o Michael Held, Simon-Haune-Str. 15
D-36251 BadHersfeld
Tel.: 0 66 21 / 62 01 86
Fax: 0 66 21 / 6 56 45

Niedersachsen

Arbeitskreis Konziliarer Prozeß

Hermann de Boer
Am Kirchhofe 4a
D-30952 Ronnenburg

Oldenburg

Oekumenisches Zentrum Oldenburg e.V.

Kleine Kirchstr. 12, D-26122 Oldenburg
Tel./Fax: 04 41 / 2 48 95 24

Pfalz

Arbeitsstelle Frieden und Umwelt der

Evangelischen Kirche in der Pfalz

(Protestantische Landeskirche)
Referat Konziliarer Prozess
Große Himmels-gasse 3, D-67346 Speyer
Tel.: 0 62 32 / 67 15-0
Fax: 0 62 32 / 67 15-67
info@frieden-umwelt-pfalz.de

Rhein-Mosel-Eifel-Hunsrück-Westerwald

Oekumenisches Netz Rhein-Mosel-Saar

Dominic Kloos
Löhrstr. 51, D-56068 Koblenz
www.oekumenisches-netz.de

Rheinland

Oekumenisches Netz Mittelrhein e.V.

Pfr. Dieter Endemann
Domstr. 62, D-50668 Köln
OekumNetzMittelrhein@t-online.de

Solidarische Kirche im Rheinland

Kirchliche Bruderschaft

c/o Erika Haugg, Mozartstr. 9
D-45578 Mühlheim a. d. Ruhr
soki.rheinland@geonet.de

Sachsen-Anhalt

Lothar-Kreyssig Oekumene-Zentrum

Am Dom 2
D-39104 Magdeburg
Tel.: 03 91 / 53 46-493
Fax: 03 91 / 53 46-490

Sachsen

Oekumenisches Informationszentrum

Dresden

Elisabeth Naendorf, Kreuzstr. 7
D-01067 Dresden
Tel.: 03 51 / 492 33 68
Fax.: 03 51 / 492 33 60
oekumene@infozentrum-dresden.de

Westfalen

Oekumenisches Netz in Westfalen

MÖWe, Heike Koch, Olpe 35
D-44135 Dortmund
Tel.: 02 31 / 54 09-72
Fax: 02 31 / 54 09-21

Solidarische Kirche Westfalen-Lippe

Michael Nelson, Geschäftsführer
Graf-Adolf-Str. 61, D-58730 Fröndenberg
Tel.: 0 23 73 / 176 88 35
muhr-nelson@freenet.de

Württemberg

Oekumenisches Netz Württemberg

Sylvia Dieter, Nahe Weinbergstr. 12
D-74348 Lauffen am Neckar
Tel.: 0 71 33 / 210 68

Oekumenisches Netz in Deutschland

c/o Michael Held, Simon-Haune-Str. 15
D-36251 BadHersfeld
Tel.: 0 66 21 / 62 01 86, Fax: -6 56 45
A-P-S@gmx.de



**Gott des Lebens,
weise uns den Weg
zu Gerechtigkeit
und Frieden**

Ökumenischer Rat der Kirchen

10. Vollversammlung

30. Oktober bis 8. November 2013
Busan, Republik Korea

IMPRESSUM

OEKUMENISCHER INFORMATIONSDIENST

Gegründet 1982

Herausgeber und Verleger:

Stiftung Oekumene.
Verantwortlich:
Ulrich Schmitthener
Lindenspürstr. 30, 70176 Stuttgart

Bei der Redaktion dieser Ausgabe wirkten mit:

Werner Gebert, Tübingen/Ofterdingen
Ulrich Schmitthener, Stuttgart
Rainer Zimmer-Winkel, Berlin

Gestaltung:

Karl H. Thiel, Offenbach/Main

Druck:

Knotenpunkt Offsetdruck
Beller Weg 6, 56290 Buch

Konto: Frankfurter Sparkasse
BLZ 500 502 01, Kto.-Nr. 100 008

HINWEIS:

Der Oekumenische Informationsdienst erscheint mit
freundlicher Förderung der Evangelischen Kirche in
Deutschland